

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 36 (1957)  
**Heft:** 6

**Rubrik:** Chronik des Monats

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 13.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

### *Innenpolitik*

In der April-Nummer der «Roten Revue» schrieben wir, der sogenannte «Fall Dubois», der das Schweizervolk noch immer stark beschäftigt, eigne sich nicht für einen Diffamierungsfeldzug gegen die Sozialdemokraten. Dem Freitod des Bundesanwaltes liege keine Geldsucht zugrunde, sondern es scheine, als ob René Dubois im Dschungel des Nachrichtendienstes von böserartigen Gegnern im eigenen Lager Fußangeln gelegt worden seien. Genau abgeklärt müsse insbesondere die Rolle des katholisch-konservativen Kreisen nahestehenden Inspektors Ulrich werden. Inzwischen ist Herr Ulrich verhaftet worden, und zwar nicht nur für 24 Stunden! Und diesmal konnte auch das «Vaterland», welches anfänglich den seit langem umstrittenen Bupo-Inspektor zu einem Opfer angeblicher Intrigen des Bundesanwaltes zu machen versuchte, nicht mehr behaupten, die Untersuchung bewege sich auf falscher Fährte. Die Berner Spionageaffäre hat sich somit von einem Fall Dubois in einen *Fall Ulrich/Mercier* verwandelt. Am 20. Mai war nämlich aus einer lakonischen Mitteilung des Eidgenössischen Politischen Departementes zu vernehmen, Herr Mercier, «dessen Name im Zusammenhang mit der Nachrichtenaffäre bei der Schweizerischen Bundesanwaltschaft genannt worden ist», gehöre nicht mehr zum Personal der französischen Botschaft; er habe die Schweiz endgültig verlassen. Mit andern Worten, der als Handelsattaché deklarierte Oberst wurde auf Begehren der Schweiz von Frankreich zurückberufen, womit die Franzosen indirekt zugeben, daß sie in unserem Lande «Informations»-Methoden zur Anwendung brachten, die wir bis jetzt nur von seiten gewisser östlicher «Diplomaten» gewohnt waren. An den Franzosen liegt es nun, bei ihren verschiedenen Nachrichtendiensten energisch dafür zu sorgen, daß es nicht mehr zu solch leidigen Vorfällen kommen kann, weil sonst das traditionell freundschaftliche Verhältnis zwischen Frankreich und der Schweiz ernstlich gefährdet würde.

Auf wirtschaftlichem Gebiete standen im Berichtsmonat die Restriktionsmaßnahmen des Bundesrates und der Nationalbank zur Dämpfung bestimmter Kapitalinvestitionen im Vordergrund der öffentlichen Diskussion. Welches Ausmaß die Konjunktur heute angenommen hat, genauer gesagt, von welcher Seite ein übermäßiger Investitionsdruck erfolgt, geht unter anderem aus der gerade zur rechten Zeit erschienenen *Einschätzung des schweizerischen Volkseinkommens pro 1956* durch das Eidgenössische Statistische Amt hervor. Es betrug 24,7 Milliarden Franken, was gegenüber dem Vorjahr einer Zunahme von 1,4 Milliarden oder 6 Prozent entspricht. Das eigentliche

Arbeitseinkommen ist um rund eine Milliarde auf 14,7 Milliarden oder um etwas mehr als 7 Prozent angestiegen, wobei aber zu beachten ist, daß die Vergrößerung des Lohnvolumens nicht zuletzt auf die Steigerung der Zahl der Fremdarbeiter auf beinahe 400 000 zurückzuführen ist. Den relativ größten Zuwachs im Rahmen der allgemeinen Erhöhung des Volkseinkommens verzeichnete auch 1956 das Kapitaleinkommen; es liegt 400 Millionen oder rund 8 Prozent über dem Stande des Vorjahres. Nicht weniger als 22 Prozent des gesamten Volkseinkommens werden als reines, arbeitsloses Einkommen ausgewiesen. Besonders deutlich erscheinen die großen Einkommen und Vermögen als die eigentlichen Nutznießer der Hochkonjunktur, wenn man die Entwicklung des Volkseinkommens über einen längeren Zeitraum hinweg beurteilt. Verglichen mit 1948 erhöhte sich das schweizerische Arbeitseinkommen bis 1956 um 41,3 Prozent, das Geschäftseinkommen um 21,5 Prozent, das reine Kapitaleinkommen jedoch um 59 Prozent.

Bedenkt man dazu, daß der größte Teil der nominellen Lohnerhöhungen – das gilt besonders für die niedrigen Einkommen – durch die chronische Geldentwertung illusorisch gemacht wird, so ist es begreiflich, daß die *«Traum»-Rede des eidgenössischen Finanzministers* vor einem freisinnigen Parteitag in Winterthur von den Lohnverdienern schlecht aufgenommen wurde. Allgemein ist zu hören, Bundesrat Dr. Hans Streuli habe mit seiner Behauptung, das Schweizervolk lebe zu üppig und zehre von der Substanz (siehe die obigen Zahlen!) böse danebengehauen, und seinen Appell zur Sparsamkeit und Mäßigung hätte er sich ersparen oder ihn wenigstens an die richtige Adresse, das heißt an jene der Großverdiener und Spekulanten, richten können. Tatsächlich müssen ja heute noch, mitten in der «überhitzten» Hochkonjunktur, breite Schichten der Werktätigen mit Löhnen auskommen, die keinerlei Luxus und noch viel weniger das Äufnen von Sparbatzen ermöglichen.

Übrigens wird auch von namhaften bürgerlichen Finanzfachleuten ernstlich bezweifelt, ob die *Politik der Begünstigung des Großkapitals durch die Erhöhung des Diskontsatzes* imstande sein werde, der übermäßigen Investition in einzelnen Zweigen unserer Exportindustrie usw. Einhalt zu gebieten. Bestimmt wird das bei den zahlreichen Großunternehmen nicht der Fall sein, die zur Modernisierung und Ausweitung ihrer Anlagen überhaupt keiner Bankkredite bedürfen, weil sie hiefür große eigene Reserven und die laufenden Betriebsüberschüsse verwenden können. Hier, bei den privatwirtschaftlichen Unternehmungen hört nicht nur die Macht, sondern auch der Wille der liberalistischen «Planwirtschaftler» zu Eingriffen ins Wirtschaftsleben auf. Sicher ist dagegen, daß die widerspruchsvollen Restriktionsmaßnahmen des Bundes den Bau preisgünstiger Wohnungen für Kleinverdiener und kinderreiche Familien noch mehr erschweren. Den Ver-

fechten der Politik der Mietenerhöhung wird durch die Begünstigung der Möglichkeit, den Hypothekarzinsfuß auf 4 Prozent hinaufzutreiben, ein Druckmittel in die Hand gespielt; abgesehen davon, daß die Geldverteuerung natürlich ganz allgemein zur Beschleunigung der Drehung der Preis/Lohn-Spirale führt. Per Ende Mai ist der vom BIGA errechnete *Landesindex der Konsumentenpreise* gegenüber dem Vormonat in einem einzigen Sprung um 1,1 Punkte auf die Rekordhöhe von 178 Punkten gestiegen. Er steht also um 3 Punkte höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die Lohnverdiener, die Konsumenten und die Mieter sind aber nicht gewillt, das Opfer der verschärften Teuerungspolitik des bürgerlichen Bundesrates zu werden – ihre Verbände haben die nötigen Beschlüsse gefaßt, und in der Ostschweiz ist es bereits zu einem ausgedehnten Fleischstreik gekommen.

Alle diese Vorgänge fanden in den eidgenössischen Räten, die im Juni zur Sommersession zusammengetreten sind, ihr *parlamentarisches Echo*, wobei die Sozialdemokraten den Bundesrat nicht darüber im Zweifel ließen, daß es einen zwiespältigen Eindruck macht, wenn man einerseits staatliche Kreditbremsen anzieht, andererseits aber innert kurzer Frist 1100 Millionen Franken in die militärische Rüstung hineinpumpen will und gleichzeitig auch noch einen großen Finanzbedarf für atomenergetische Projekte anmeldet. Aber auch im National- und Ständerat erwies es sich vorderhand als unmöglich, die überdimensionierte Verfügungsgewalt einiger zur Diskussion stehender mächtiger Wirtschaftsgebilde angemessen zu reduzieren. Weder beim Uhrenstatut – der Bundesrat hatte beim Cadhor-Konflikt zu intervenieren – noch bei Neugestaltung der Käseunordnung, welche zu einer dreitägigen, langfädigen und zähen Debatte Anlaß gab, stehen strukturelle Verbesserungen in Sicht. Mit andern Worten: Es kommt nicht zur wesentlichen Verstärkung des Mitbestimmungsrechtes der öffentlichen Hand oder gar zu einem spürbaren Entgegenkommen an die Konsumenten. Während die Behandlung von Kartellproblemen leider nur auf mäßiges Publikumsinteresse stieß (die schlecht formulierte Verbotsinitiative des Landesringes mußte natürlich abgelehnt werden), blickte dann aber bei der Behandlung der vom Militärdepartement geforderten *Kurse für Territorialkompagnien und Ortswehren* die ganze männliche Schweiz nach Bern. Was man zu sehen bekam, war nicht erbaulich. Schon im März dieses Jahres, als es zur Rückweisung einer ersten, mit starken Mängeln behafteten Vorlage kam, hatten sozialdemokratische Sprecher kein Hehl daraus gemacht, daß sie sich vom «Aufgebot der Großväter» in Friedenszeiten keine Verstärkung unserer Wehrkraft versprechen. Jetzt, in der Junisession, versuchten sie zu erreichen, daß wenigstens auf die Einberufung jener Soldaten verzichtet werde, die das 55. Altersjahr überschritten haben. Mit 75 gegen 67 Stimmen wurde indessen der Vermittlungsantrag Schütz abgelehnt. Womit aber das letzte Wort in dieser Sache noch nicht gesprochen sein dürfte! F. E.

## *Außenpolitik*

In Frankreich wurde am 22. Mai die Regierung Guy Mollet, nach einer Rekorddauer von 16 Monaten, durch die Mehrheit der Nationalversammlung gestürzt. Es waren die rechten Nationalisten, die sogenannten «Unabhängigen und Bauern», die Guy Mollet ihre Unterstützung versagten. Weder das mißlungene Suez-Abenteuer der Regierung noch ihre Unfähigkeit, dem Krieg in Algerien ein Ende zu setzen, waren die Ursache der Regierungskrise, sondern die Weigerung der Bourgeoisie, für die Bezahlung der Kosten dieser von ihr inspirierten und unterstützten kostspieligen Politik irgendwelche Opfer zu übernehmen. Ramadiers Steuerprojekte, welche die gefährliche Finanzkrise Frankreichs beheben sollten, haben die Regierung Guy Mollet zu Fall gebracht. Die Großbourgeoisie ist überall gleich: sie verlangt und beschließt gewaltige Ausgaben für ihre Macht- und Militärpolitik, weigert sich aber, die Rechnung für die Durchführung eben dieser Politik zu bezahlen. Die Konsumenten und das einfache Volk müssen blechen.

Es ist aber klar, daß Frankreichs prekäre Finanzlage eine direkte Folge der Kriegspolitik seiner Regierung ist und daß ohne eine baldige Wiederherstellung des Friedens in Algerien die Finanznot noch größer werden wird. Die Zeitungen und Politiker, die die Politik Guy Mollet-Lacoste-Pineau in Nordafrika während mehr als einem Jahr vorbehaltlos unterstützten, begannen auch an dieser Politik Kritik zu üben. Man verurteilte Guy Mollet wegen seines Mangels an Phantasie und Initiative und verlangte eine Wendung in der Algerienpolitik Frankreichs zur Wiederherstellung des Friedens. Pflimlin, der Präsident der katholisch-republikanischen Volksbewegung, der zuerst vom Präsidenten der Republik, Coty, mit der Bildung der Regierung beauftragt wurde, scheiterte an der Weigerung der Sozialistischen Partei, sich an seiner Regierung zu beteiligen. Präsident Coty beauftragte sodann den erst 42jährigen Radikalen Bourgès-Maunoury, den Kriegsminister der Regierung Guy Mollet, mit der Bildung der Regierung. Bourgès-Maunoury ist eine der treuesten Stützen der Suez- und der Algerienpolitik Guy Mollets gewesen. Er wird diese Politik auch fortsetzen. Zu diesem Zweck hat er die früheren Minister Guy Mollets, die mit dieser Politik verbunden sind – Pineau im Außenministerium und Lacoste in Algerien –, beibehalten, während diejenigen Minister, die entweder Opposition oder nur Zweifel an der Richtigkeit dieser Machtpolitik äußerten – Defferre, Mitterand, Ramadier –, ausgeschieden wurden.

So ist eine neue, nach rechts «verbesserte» Auflage der Regierung Guy Mollet zustande gekommen, die vom Parlament recht kühl empfangen wurde. Bourgès-Maunoury erhielt die Investitur mit einer sehr kleinen relativen Parlamentsmehrheit. Seiner Regierung ist keine lange Dauer zu prophezeien.



In Wirklichkeit geht die Regierungskrise in Frankreich weiter, weil in diesem Parlament eine konstruktive Mehrheit überhaupt nicht möglich ist.

Die *Regierungskrise in Italien*, die durch den unerwarteten Entschluß Saragats verursacht wurde, die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei aus der Regierungskoalition zurückzuziehen, dauert ebenfalls an. Die Christlich-Demokratische Partei versuchte, unter Führung des Senators Zoli eine homogene Minderheitsregierung zu bilden. Die Rechtsparteien der Monarchisten und Neofaschisten unterstützten diese reaktionäre Regierung. So erhielt sie auch eine Mehrheit im Senat und in der Abgeordnetenversammlung, in letzterer jedoch nur mit Hilfe der neofaschistischen Stimmen, die Zoli feierlich erklärt hatte, nicht zu seiner Mehrheit zählen zu wollen. Die Regierung Zoli demissionierte; der Versuch einer homogenen, christlich-demokratischen Regierung war gescheitert. Zwei Möglichkeiten blieben offen: entweder die Wiederherstellung der alten Regierungskoalition der Mitte – Christlich-Demokraten, Republikaner, Liberalen und Sozialdemokraten – oder Auflösung der Abgeordnetenversammlung durch den Präsidenten der Republik und die Vorverschiebung der Parlamentswahlen. Die erste Möglichkeit zwingt die Republikaner, die vor Monaten die Regierungskoalition verlassen hatten, und die Saragat-Partei zu einer neuen Wendung ihrer Politik. Saragat hat den neuen Sprung schon getan und ist bereit, der Regierungskoalition, die er vor wenigen Wochen gesprengt hatte, beizutreten. Diese unberechenbare Politik Saragats schadet dem Ansehen der Sozialdemokratischen Partei bei den Arbeitermassen.

*Die Lage in Algerien hat sich wesentlich verschärft.* Die beruhigenden Erklärungen von Guy Mollet und Lacoste über die fortschreitende Besserung der Lage sind durch eine Anzahl grausamer Terrorakte der Rebellen und durch die Unruhen der Franzosen in Algier widerlegt worden. In Meluza wurde die männliche arabische Bevölkerung in ihrer Gesamtheit von den arabischen Rebellen auf eine beispiellos barbarische Art ermordet und verstümmelt. Die französischen Truppen, die diesen Sektor schützen sollten, blieben tagelang passiv... Eine objektive Untersuchung dieser blutigen Vorkommnisse ist unerläßlich. Die Freiheitskämpfer Algeriens kompromittieren und besudeln ihre gerechten Forderungen durch solche unmenschlichen Kampfmethoden.

Einige Tage später kam es, anläßlich der Beerdigung der Opfer eines Attentates in einem Vorort von Algier, seitens der Kolonialisten Algiers, die schon beim ersten Besuch Guy Mollets Straßenkrawalle inszeniert hatten, zu einer grausamen Menschenjagd auf unschuldige Araber; eine Anzahl von ihnen wurde gelyncht, Geschäfte und Häuser wurden in Brand gesteckt. Sie wollten sogar den Ministerresidenten Lacoste durch eine Diktatur der Armee ersetzen, was allerdings scheiterte. Die französische Presse publiziert tag-

täglich Meldungen über die Verluste der «Rebellen», die von den erbitterten Kämpfen in Algerien zeugen.

Die Vereinten Nationen können diesen Krieg nicht länger als eine innere Angelegenheit Frankreichs behandeln. Es ist ihre Pflicht, zu intervenieren und zu vermitteln, damit dieser Krieg ein Ende nimmt und ein Friedenszustand auf der Grundlage von Freiheit und Gerechtigkeit hergestellt wird.

In *Libanon* haben die Anhänger Nassers den Versuch unternommen, die Regierung mit Gewalt zu stürzen und Libanon in das Sowjettandem Ägypten-Syrien einzugliedern. Diese Antwort Moskaus auf den Staatsstreich in Jordanien scheiterte. Die Wahlen finden statt wie vorgesehen, und die Regierung wird voraussichtlich eine Parlamentsmehrheit erhalten. JHD

## Blick in die Zeitschriften

Die Erklärung der 18 deutschen Atomforscher und die Botschaft Albert Schweitzers werden zweifellos noch auf Monate hinaus ein starkes Echo in der Zeitschriftenpresse auslösen. Schon liegt von kirchlicher Seite ein starkes Sonderheft (9/10) der protestantischen Monatshefte *«Junge Kirche»* (Dortmund) vor, indem alle bisher veröffentlichten Dokumente (Göttinger Erklärung, Appell des Papstes, Botschaft Albert Schweitzers usw.) und eine Reihe kirchlicher Stellungnahmen im Wortlaut wiedergegeben sind, so daß man hier eine gute Dokumentation zur Verfügung hat; auch Adenauers Gespräch mit den Atomphysikern wird eingehend referiert. Dazu bringt das Heft weitere Dokumente aus England und Japan zur Atomfrage und zwei wichtige Aufsätze: «Mißdeutete und mißbrauchte Wissenschaft» von Dr. Fritz Katz und «Der Auftrag der Kirche in der atombedrohten Welt» von Heinrich Grüber.

Auch die *«Stimme der Gemeinde»* (Darmstadt) widmet ihr Heft 9 der Erklärung der 18; Mitarbeiter dieser Nummer sind der Nobelpreisträger Prof. Max Born, der Theologe Prof. Karl Barth und Dr. Gustav W. Heinemann, der bekanntlich jetzt der deutschen Sozialdemokratie beigetreten ist.

Die in München erscheinende *«Deutsche Studenten-Zeitung»* (Nr. 4/5) ist in der Lage, einen wichtigen Beitrag des Atomforschers Prof. Carl Friedrich von Weizsäcker über «Die Verantwortung der Wissenschaft im Atomzeitalter» zu veröffentlichen, aus dem wir wenigstens einige Sätze zitieren wollen:

«Einleitend sagte ich, das Atom sei für unser Zeitalter symbolisch. Wir haben nicht die Aufgabe, es aus unserer Welt wieder zu verbannen; das wäre unmöglich. Wir haben an ihm zu lernen, was wir überhaupt ändern müssen, sonst überfällt uns dieselbe Gefahr binnen kurzem in verwandelter Gestalt. Nur die Atomwaffen abschaffen zu wollen, um im übrigen wieder Krieg führen zu können wie bisher, das wäre so, als wollte man morgens den Wecker zum Fenster hinauswerfen, damit man nicht aufwachen muß... Der politisch-militärische Plan, um unsere Freiheit zu schützen, entfaltet in den großen Atomwaffen eine Eigenmächtigkeit, die den Menschen zu vernichten droht. Der Mensch muß die Distanz zu diesem Apparat gewinnen; das heißt hier, er muß auf seine Anwendung verzichten. Das scheint ganz leicht, ist aber sehr schwer. Es verlangt, den ganzen Plan zu ändern. Die äußerste Anstrengung des Menschlichen im Menschen ist nötig, um uns zu diesem Entschluß zu bringen. Noch ist ungewiß, ob es gelingen wird.»